

Prof. Dr. Jürgen Schneider: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, für meinen Beitrag zur „wechselseitigen Wahrnehmung der ökonomischen Lage in West und Ost“, habe ich hier als Maßstab die Arbeitsproduktivität gewählt. Wenn man die Produktivität in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR untersucht, hat man einen Maßstab für die Effizienz des gesamten Produktionsprozesses. Ich bitte Sie, die Produktivitätsvergleiche der beiden deutschen Staaten den Abb. 2 und 3 (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 1) aus meinem Referat zu entnehmen.

Die Abbildungen zeigen einmal die fiktive Produktivität der DDR aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland (Schätzungen des DIW) und dann die fiktive Produktivität der DDR aus DDR-Sicht. Des weiteren wird die reale Produktivitätsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in DM-Preise von 1985 (je Einwohner) angegeben. Die Produktivitätsvergleiche der beiden deutschen Staaten zeigen, daß die vor 1989 geschätzte (fiktive) Produktivität der DDR aus der Sicht der Bundesrepublik (DIW-Sicht) und diejenige aus eigener Sicht der DDR nahe beisammen stehen. Das heißt, die DDR schätzte den Produktivitätsrückstand gegenüber der Bundesrepublik in etwa so hoch ein, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. In Begründungsunterlagen der Staatlichen Plankommission für das Politbüro im Herbst 1988 wurde die Arbeitsproduktivität der DDR (sogenannte „produktive Bereiche“) im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland für 1980 mit 70 % und 1988 mit 72 % angegeben, das heißt die DDR hätte in dieser Zeit höhere Wachstumsraten als die Bundesrepublik gehabt. In einem DIW-Bericht von 1978 wurde festgestellt: „Das Wachstum des Sozialprodukts in der Bundesrepublik und der DDR war von 1960 bis 1976 annähernd gleich schnell. [...] Umgerechnet auf DM-Mark (West) ergibt sich ein Rückstand der DDR im pro-Kopf-Sozialprodukt von etwa einem Fünftel gegenüber der Bundesrepublik. Dieser Rückstand wurde in anderen internationalen Untersuchungen bisher erheblich höher angesetzt. [...] Deutlich wird, daß die vorliegende Rechnung die Hypothese von der sich weiter öffnenden Schere im west- und ostdeutschen Leistungsvergleich widerlegt: Zumindest seit 1967 hat sich die relative Position der DDR nicht verschlechtert. [...] Die heute weithin üblichen Vorstellungen scheinen systematisch die Position der DDR zu unterschätzen [...]“.

Warum überschätzte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die Produktivität der DDR?

Ein Teil der Gründe wurden hier von Frau Dr. Cornelsen vorgebracht. Ein Grund liegt insbesondere im Bruttoprinzip. Durch das verwendete Bruttoprinzip kommt es grundsätzlich zur Überschätzung der physischen Volumina. Wegen der Qualitätsmängel etc., die sich normalerweise in Preisabschlägen niederschlagen, kommt es zu weiteren Luftblasen. Der folgende Grund ist bisher noch nicht erwähnt worden: Durch den Übergang der westlichen Währungen zur Konvertibilität nach 1958 und durch die Liberalisierung der Kapitalmärkte, kommt es zur dynamischen Bewertung der Währungen durch die Märkte, ab 1968 verliert das Geld sein Odium der Stabilität endgültig und nach 1971 (Zu-

sammenbruch des Systems der festen Wechselkurse [Bretton Woods-System] und 1973 Übergang zu flexiblen Wechselkursen) verändert sich das Paritätengitter der Währungen in der Weltwirtschaft erheblich. Dies bereitet der DDR-Wirtschaft unglaubliche Schwierigkeiten, weil damit das Rechnen, sagen wir einmal in festen Größen, unmöglich wird. Dadurch geht den sozialistischen Ländern auch der zweite Fixpunkt einer stabilen Planungsgrundlage verloren.

Zur Einschätzung des DIW: Soweit sich das DIW mit dem Lebensstandard beschäftigte, waren die Ergebnisse sehr brauchbar, bei der gesamtwirtschaftlichen Produktivität verfiel sich das Institut in den gleichen Fallstricken, wie die DDR-Behörden. Verstärkt wurde die Überschätzung von Jahr zu Jahr auch deshalb, weil man sich partiell auf bestehende Schätzungen stützte, die ebenfalls bereits von Anfang an überhöht waren. So wurden die Folgefehler immer größer. Die Wahrnehmung der DDR-Verhältnisse stimmte nämlich schon während der 50er Jahre nicht mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen überein.

1958 beabsichtigte die Sowjetunion, die kapitalistische Welt zu überholen. Die DDR sollte mit dem Siebenjahrplan Westdeutschland überholen. Ich zitiere jetzt Bruno Gleitze, der zeigt, wie es damals zu dieser Überhöhung kam:

„Der Startschuß war gegeben, und der sowjetzonale Planapparat setzte sich in Bewegung. Die Zonenpolitiker gerieten in einen Rauschzustand, der nur in Diktaturen möglich ist, da die orientierende Kontrolle fehlt. In der Sowjetzone war das Klima für die bakteriologische Züchtung des Größenwahns zu dieser Zeit günstig, der Bazilluss mehrte sich kräftig. Er befahl auch sonst nüchterne Planrechner. Das hatte mehrere Gründe.“ Und weiter: „Die Heimtücke der Bruttorechnung in der Plandisposition war den Verantwortlichen für die sowjetzonale Planung offenbar noch nicht aufgegangen. Bis dahin nahmen sie die Übersteigerungen aus der verzerrten Bruttorechnung als eine für das politische Selbstbewußtsein durchaus begrüßenswerte Nebenerscheinung hin. Jetzt wurden sie ihr Opfer. Im Rausch der von Moskau ausgegebenen Direktive waren sie auch gar nicht in der Lage gewesen, die Weiche von der nominellen Rechnung mit aufgeblähten Größenordnungen zur realen Rechnung der Wirtschaftsstatistik umzustellen, wie das in der aufkommenden Konjunkturforschung der Marktwirtschaft schon ein halbes Jahrhundert früher geschah.

Drittens: Noch herrschte die Illusion vor, über bedeutende Reserven für die Produktionssteigerungen zu verfügen“.

Zum Thema Illusion von Gerhard Schürer und Günter Mittag von der DDR-Wirtschaft bitte ich Sie, die Abbildung 1 aufzuschlagen.

Die Abbildung zeigt phantastische Vorstellungen über die DDR-Wirtschaft. Unter der Überschrift „Fiktion der Planer in der DDR“ wird die Produktivität der DDR nach Einschätzung von Schürer, die reale Produktivität der DDR und die reale Produktivität der BRD veranschaulicht. Graphisch umgesetzt kann man der Darstellung für das Jahr 1936 einen Gleichstand entnehmen. Im Jahr 1950 wurden dann die Zahlen gleichgezogen. Die DDR erreichte im Jahr 1950 maximal 60 % der Produktivität der Bundesrepublik, d. h. dieser Fehler, der in

der Statistik beruhte, den gab es von Anfang an. Wenn man hier in die Bereiche, sagen wir einmal der Betriebe noch hineingeht, in die Reparationen (Herr Privatdozent Dr. Schwarzer hat geschätzt, daß damals etwa 30 % zur Machtsicherung allein ausgegeben worden sind), wenn man das hinzunimmt, kann man feststellen, daß in der Bundesrepublik Anfang der 50er Jahre doppelt so viel investiert worden ist. Wenn man hier das hinzunimmt, was Herr Schenk berichtet, nämlich was nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 von der Schwerindustrie in die Leichtindustrie umgeschaufelt wurde, wo eigentlich auf Zufrage Investitionen von einem Sektor innerhalb von zwei Tagen von einer Milliarde Mark umgeschaufelt wurden, dann ist es unglaublich, daß die Produktivität der BRD und die der DDR einfach mit 100 gleichgesetzt wurden.

Aus der Sicht von Herrn Schürer betrug die Produktivität der DDR im Jahre 1989 70 % bis 80 % real. Nach den Berechnungen, die Herr Privatdozent Dr. Schwarzer unternommen hat, waren es maximal 20 %. Ähnlich der von Schürer war die Berechnung von Mittag, die er publizierte, das finden wir aber auch in der Staatlichen Plankommission und zwar in dem Buch „Gesellschaftsstrategie mit dem Blick auf das Jahr 2000“ von Koziol und Otto Reinhold. Sie sehen dort, daß die Produktivitätsentwicklung der DDR von 1970 bis 1990 der Produktivitätsentwicklung der Bundesrepublik davon eilt. Der schwach schattierte Bereich zeigt die reale Entwicklung der Bundesrepublik. Der andere Bereich offenbart die Fälschung von Statistiken zur Produktivitätsentwicklung in der DDR. Ich habe lange überlegt, ist es Fiktion, ist es Fälschung, ist es Betrug. Ich gehe heute davon aus, daß ein Teil Fiktion war.

Die Wirtschaft in der SBZ/DDR startete schlecht und blieb in den Startlöchern quasi kleben. Die Währungs- und Wirtschaftsreform 1948 in den Westzonen war in Verbindung mit der Marshallplanhilfe die Initialzündung für hohe Investitionen, um den hohen Kapitalstock auszuweiten und zu modernisieren. Die Klasse der Unternehmer, die Träger des technischen Fortschritts (Schumpeter), wurden von der SED liquidiert und floh zum großen Teil nach Westdeutschland. Dies war die „Marshallplanhilfe“ von Ulbricht und Pieck für die Bundesrepublik: mindestens 7.000 aus der DDR geflohene Unternehmer gründeten in der Bundesrepublik neue Unternehmen, die für den Wiederaufbau einen wichtigen Beitrag leisteten. In einem Forschungsbeitrag in Bayern wird die Zahl auf 700 geschätzt, aber das ist eine Mindestzahl, es waren sehr wahrscheinlich wesentlich mehr.

1956 stellte der Leiter des Staatlichen Zentralamtes für Statistik, Fritz Behrens, fest, daß Investitionen in Westdeutschland 1950 bis 1955 „je Kopf der Bevölkerung um mehr als das Doppelte höher“ als in der DDR waren. Zu gleicher Zeit wurde festgestellt, daß die Investitionen im Bereich der Infrastruktur in der DDR etwa 20 % ausmachten; in der Bundesrepublik waren sie doppelt so hoch. 1967 berichtete der Journalist Nawrocki von der Wirtschaftsredaktion der FAZ, daß es in Ostberlin nicht möglich war, innerhalb von drei Stunden ein Gespräch 50 km weiter vermittelt zu bekommen.

Ich komme jetzt ganz kurz zu dem, was heute morgen auch angesprochen worden ist, den Marxismus-Leninismus. Eine Analyse der Zeitschriften „Einheit“ (1946-1990) und „Wirtschaftswissenschaften“ (1953-1990) und von mehr als 50 marxistisch-leninistischen zum Teil stalinistischen Lehrbüchern zur sozialistischen Betriebswirtschaftslehre und zur politischen Ökonomie zeigt, daß alle Politökonomien nur eine Aufgabe hatten: Legitimation der Parteitagsbeschlüsse und Propaganda für die SED (Abb. 4).

In der Zeit des Nationalsozialismus haben die Wirtschaftswissenschaftler, wenn man von sehr wenigen Ausnahmen absieht, nicht die Reichsparteitage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei als „wissenschaftlich“ legitimiert und die Generallinie der NSDAP propagiert.

Die Politökonomien arbeiten im Auftrag der SED, wie es Günter Mittag ausdrückte. Bis zuletzt, zumindest in den Lehrbüchern, hielt der Glaube an die von Stalin 1952 verkündeten objektiven Grundgesetze des Sozialismus an. Die bezeichneten objektiven ökonomischen Gesetze, proportionale Entwicklung usw. haben keinen Bezug zur realen Welt. Voslensky bezeichnete das ökonomische Grundgesetz des Realsozialismus als „phantastischste Behauptung in der offiziellen Politökonomie des Sozialismus“. Die sogenannten marxistisch-leninistischen Wirtschaftswissenschaften in der DDR waren keine Wissenschaften. Die Beschränkung der politischen Ökonomie des realen Sozialismus in der DDR auf Legitimation und Propaganda für die Parteitage der SED hatte zur Konsequenz, daß der ökonomisch reale Sozialismus in der DDR theorieles war. Das heißt, die Ökonomen haben nicht versucht, die Staatliche Zentralplanung zu verwissenschaftlichen, wie es Herr Schürer gemacht hat. Sie hatten ausschließlich die Aufgabe der Propaganda der Parteitage der SED.

Von der Fiktion zur Realität nach 1990: Im Februar/März 1990 absolvierte ein Student der Universität Bonn ein Praktikum am Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. Der Student zitierte die DIW-Schätzung, die für die DDR 1983 eine Arbeitsproduktivität von rund 50 % der bundesdeutschen angab und bemerkte, daß „die DIW-Schätzung für die Zeit vor 1989 als unkontrovers galt.“

Der Student kam in seinem Praktikumsbericht zu dem Ergebnis, daß die Produktivität der Industrie der DDR schon 1986 bei nur 33 % der bundesdeutschen oder darunter lag.

Am 4. April 1990, das ist meine früheste Information, reduzierte Cord Schwartau vom DIW im Tagesspiegel das Produktivitätsniveau der DDR-Wirtschaft auf 40 % der bundesdeutschen. In der folgenden Zeit reduzierte das DIW das Niveau stufenweise. Im April 1991 publizierten Wilma Merkel und Stefanie Wahl ihre Neuberechnung eines Bruttoinlandprodukts der DDR und kamen zu dem Ergebnis, daß bei einem Pro-Kopf-Vergleich (d. h. je Einwohner) das Produktivitätsniveau der DDR 1989 bei einem Drittel des bundesdeutschen lag.

Fazit: Bis Ende 1989 wurde die DDR-Wirtschaft in Ost- und Westdeutschland weit überschätzt. Die SED war außerstande, eine realitätsbezogene wirt-

schaftswissenschaftliche Analyse durchzuführen, wie das Dokument vom 27. Oktober 1989 über die Lage der DDR-Wirtschaft zeigte.

An diesem Dokument ist interessant, daß die DDR-Wirtschaftsführung auf eine Finanzierung zurückgegriffen hatte, die die Nationalsozialisten bei der Kriegsführung benutzt hatten. Als der Schleier der Fiktionen und Illusionen von der DDR-Wirtschaft 1989 zurückgezogen wurde, zeigte sich die ungeheure Dimension des Ruins der DDR-Wirtschaft: sie besaß maximal 20 % der Produktivität der bundesdeutschen. Es gibt einen Forscher an der TU in Dresden, Herr Kollege Blum, der konstatierte, daß die DDR 1990 das Niveau gehabt hat, wie 1943/44. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Vielen Dank Herr Professor Schneider, bitte Herr Dr. Romberg, Finanzminister der Regierung de Maizière.

Dr. Walter Romberg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht ein paar Worte zu meiner Person. Ich bin eigentlich Mathematiker und kein Ökonom und habe mich 1990, wenn ich mich politisch beschäftigt habe, mit kirchlichem Hintergrund um politische und militärische Sicherheitspolitik gekümmert. Aus diesem Grunde erwarten Sie von mir bitte keine kompetenten Aussagen über die DDR-Ökonomie. In Absprache mit dem Veranstalter möchte ich etwas vortragen, was sozusagen zwischen dem Programm von jetzt –Zwischenbilanz der Transformation – steht. Ich möchte sozusagen eine Fallgeschichte berichten, die auch zum Problembereich der Wahrnehmung gehört, Wahrnehmung der Fähigkeiten, der Wirtschaftsorganisierung und Wahrnehmung der Fähigkeiten von Wirtschaftspolitik.

Ich möchte einige historische Bemerkungen zu einem Aspekt der Transformation der DDR-Wirtschaft machen, der den heutigen Zustand der ostdeutschen Wirtschaft entscheidend mitbestimmt hat. Der Aspekt, der für mich der Hauptpunkt des politischen Versagens im deutschen Einigungsprozeß ist: Ich meine das Fehlen 1990 (und später) eines angemessenen wirtschaftspolitischen Strukturanpassungskonzepts für die DDR-Wirtschaft, insbesondere für die Industrie, oder, wenn Sie so wollen, das Fehlen einer der Aufgabe angemessenen Wirtschaftspolitik schlechthin.

Dabei betrachte ich den Zeitraum Februar bis September 1990 aus dem Blickwinkel meiner Erfahrungen als Leiter der DDR-Gruppe in der gemeinsamen Experten-Kommission von Bundesrepublik Deutschland und DDR für die Vorbereitung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft (Februar bis April 1990) und als Mitglied der Regierung de Maizière (April bis August 1990).

Ich unterscheide drei Phasen:

1. Februar bis Anfang April (Regierung Modrow)
2. Mitte April (Beginn der Regierung de Maizière) bis zur Währungsunion (1. Juli 1990)